U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

20 Jahrgang. No. 49 | Münster, Sask., Donnerstag den 17. Januar 1924 | Fortlaufende No. 1037

Welt-Rundschau.

5. Jan. — Die Staaten der kleinen Entente, nämlich Böhmen, Rumänien und Jugoslavien, werden in einigen Tagen in Belgrad auf Ansuchen ihres Schutzherrn Poincare eine Konferenz halten. Dabei soll der böhmische Auslandsminister Dr. Benes, die rechte Hand Poincares in der Ausführung seiner europäischen Pläne, diese Ententisten überreden, den Reparationen-Plan Frankreichs zu unterstützen. Worin derselbe eigentlich besteht, ist schwierig zu sagen. Aber es wird schwerlich fehlgeraten sein zu sagen, daß er darin bestehe, alle übrigen Nationen von den Reparationen auszuschließen und Frankreich freie Hand zur Eintreibung von Reparationen zu geben. Die Reparationen-Politik wird Frankreich fortsetzen, bis Deutschland ganz und gar an den Bettelstab gekommen sein wird. Dann wird es im Westen so viel von Deutschland annektieren als ihm wünschenswert erscheint. Dr. Benes ist aber keineswegs bloß Handlanger Poincares. Er ist sein Mitarbeiter. Sie arbeiten auf ein gemeinsames Ziel hin. Im Jahre 1917 hatten Frankreich und Rußland einen geheimen Vertrag zur Teilung Europas eingegangen, der später durch die Soviet-Regierung veröffentlicht wurde. Nach der Ausscheidung Rußlands trat durch Dr. Benes Böhmen an die Stelle Rußlands. Auf dem „Friedens"-Kongreß zu Versailles arbeiteten Poincare, resp. Clemenceau, und Dr. Benes Hand in Hand, um den damals noch unbekannten Geheimvertrag zwischen Rußland und Frankreich offen oder versteckt in den „Friedensvertrag" zu schreiben. Das ist ihnen auch in einem viel höheren Maße gelungen, als die Welt eine Ahnung davon hat. Seit jenem „Vertrage" arbeiten Dr. Benes und Frankreich, besonders seitdem Poincare Premier geworden ist, mit unerschütterlicher Ausdauer dem vorgesteckten Ziele zu, sich auf den „Vertrag" von Versailles berufend, wo immer derselbe eine Handhabe bietet, denselben aber außer Acht lassend, wo immer ein Vorgehen sich dadurch nicht rechtfertigen läßt. Von dem Standpunkte dieses Zweckes aus besehen, werden viele Handlungen Frankreichs verständlich, die dem Beobachter sonst ein Rätsel bleiben. Das Ziel Frankreichs und Böhmens ist eine Teilung Europas in zwei Interessen-Zonen; der Mittelpunkt der westlichen soll Frankreich, der Mittelpunkt der östlichen Böhmen werden; alles Uebrige, außer England, soll ein Anhängsel an das eine oder andere dieser zwei Länder werden.

Die Koalition der kleinen Staaten unter der Obhut Frankreichs ist ein bedeutender Ring in dieser Kette. Polen und die kleinen baltischen Staaten sollen dieser Koalition angegliedert werden. Die großen Alliierten Frankreichs aus der Kriegszeit, vor allem England, verfolgen mit Mißtrauen und Mißbilligung die Schritte Frankreichs. Besonders ist England darüber aufgebracht, daß Frankreich durch freigebige Anleihen diese kleinen Staaten an sich fesselt und sie damit zu seinem Vorteile militärisch ausrüstet, ohne daran zu denken, seine Schulden an England zu zahlen. Auch die kleinen Staaten schulden England Geld, dessen Rückzahlung durch die neuen Anleihen immer unwahrscheinlicher wird. Erst kürzlich fragte deshalb England in Belgrad an, welche Sicherheit Jugoslavien Frankreich für die Anleihe von 300 Millionen Franken gegeben habe. Ueber diese Anfrage war Poincare sehr aufgebracht, ein sicheres Anzeichen, daß er in der Verfolgung seiner Politik keine Einmischung von irgendwelcher Seite dulden wird.

Die Engländer wollen jetzt das „beste" Tauchboot der Welt haben. Das „größte" wird es wohl nicht sein, denn das sollten die Amerikaner haben, und wenn sie es nicht haben, so müssen sie es bald bekommen. Mit diesem Tauchboote, „K 26" genannt, wollen jetzt 50 Mitglieder der Marine die längste Fahrt unternehmen, die je ein britisches Tauchboot ohne Mutterschiff gemacht hat, nämlich von Portsmouth durch das Mittelmeer und das Rote Meer, und wieder zurück. Das Boot hat eine Wasserverdrängung von 2,140 Tonnen. Wenn das Gedächtnis uns nicht trügt, ging nicht in den ersten Jahren des Krieges ein deutsches Tauchboot — im Vergleich zu diesem eine bloße Schale — den Weg von der Nordküste Deutschlands zu den Dardanellen und wieder zurück?

Außer dem Verkaufe wertloser Oelaktien, der dem jungen Leonard Wood zur Last gelegt wird, erhebt sich noch die Anklage, daß er an der Verkaufskampagne einer kubanischen Bank teilnahm, die niemals existierte und anscheinend nie beabsichtigt war. Der Name dieses Luftgebilbes war „Fidelity Bank of Cuba". Wenn bei Pappa Wood sonst alles in Ordnung ist, was die kommende Untersuchung offenbaren sollte, so könnte man ihn mit dem alten Hohenpriester Heli vergleichen, der persönlich auch kein übler Mann war, aber es versäumt hatte, seinen beiden Söhnen auf die Finger zu sehen. So gingen diese ungeratenen Sprossen, nachdem sie allerlei Unglück und Aergernis angestiftet hatten, zum Kuckuk und waren noch obendrein die Ursache des Unterganges ihres Vaters. Unfehlbar müssen die Eltern selbst es büßen, wenn sie ihre Kinder nicht gut und gottesfürchtig erziehen.

Der Kreter Venizelos wurde zum Präsidenten der griechischen National-Versammlung erwählt. Vorsichtshalber hatte er vorher den Vertretern einen zarten Wink mit dem Scheunentor gegeben, indem er gleich ankündigte, daß er die Stellung annehmen würde. Jetzt soll die Nation durch eine Wahl entscheiden, ob Griechenland ein Königreich bleiben oder eine Republik werden solle. Also wieder das Schwindelmanöver eines Plebiszites, wobei die Machthaber es stets so einzurichten wissen, daß ihr eigener Wille obsiegt. Und sollten sie trotz aller Gewaltmittel unterliegen — wie es in Oberschlesien geschehen ist — so setzen sie ihren Willen gegen den Volkswillen durch. Also Griechenland wird Republik. Wenn Venizelos dem noch hinzufügt, daß, falls das Volk sich für das Königtum entscheiden sollte, es dann eine zweite Entscheidung treffen müßte, nämlich wer auf den Thron berufen werden sollte: so ist das eine nichtssagende Phrase, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen.

Woher kommen alle die Schulden, deren Zahlung Staatssekretär Hughes von der russischen Regierung fordert, bevor die Ver. Staaten darandenken könnten, die Soviets anzuerkennen? Dem Senate liegt ein Bericht vor, worin dieses klar dargelegt wird. Dieser Bericht stützt sich auf die offiziellen Daten des Staats-Departments und des Schatzamtes. Boris Bakhmeteff war Gesandter in Washington für die Kerensky-Regierung, die von ganz kurzer Dauer war und von der Soviet-Regierung überworfen wurde. Bakhmeteff nun verwaltete die russischen Angelegenheiten in Amerika noch lange nach dem Sturze der Kerensky-Regierung, trotz dem Proteste der Soviet-Regierung, welche die Gewalt in Händen hatte, und zwar geschah das mit der Billigung und Unterstützung der Ver. Staaten. Die Gelder, welche ihm von Amerika reichlich zur Verfügung gestellt wurden, wurden hauptsächlich verwendet, um die Armeen von Kolchak und Wrangel gegen die Soviets zu unterstützen. Auch private Geldinstitute gewährten der anti-bolschevistischen Bewegung durch Lieferung von Waffen und Munition große Kredite. Alle Bewegungen jedoch, die nicht bloß von Amerika aus, sondern auch von England und besonders von Frankreich aus gegen die Soviets in Rußland erregt und unterhalten wurden, verliefen erfolglos. — Und jetzt will Amerika, daß die Soviet-Regierung ihm die Gelder bezahle, die ausgegeben wurden, um die Soviets zu bekämpfen. Auch wenn man sonst die ganze Tendenz der Soviet Regierung mißbilligt und verdammt, muß einem dennoch ein solches Ansinnen unsinnig und unverschämt vorkommen. Da ist die Gegenforderung der russischen Regierung doch logischer, wenn diese verlangt, daß Amerika Ersatz leisten solle für den Schaden, den es Rußland durch die Unterstützung Kolchaks und Wrangels angetan hat. Wenn Hughes über die Propaganda der Russen in Amerika klagt, so haben diese auch hier eine schwerwiegende Gegenklage. Denn die Amerikaner beteiligten sich sehr tätig an der gewaltigen Propaganda, die in Rußland und außerhalb gegen die Soviets geführt wurde. Die Zeitung „Izvestia" schreibt, daß außer Amerika unter allen Mächten, welche die Feinde der Soviets unterstützten, keine den „Mut" gehabt hätte, von den Soviets die Bezahlung des diesen Feinden vorgestreckten Geldes zu verlangen.

6. Jan. — Aus Paris kommt die Nachricht, daß die Russen in Frankreich eine große Anzahl Flugschiffe und sonstigen Kriegsbedarf gekauft haben. 50 dieser Flugschiffe von den neuesten Modellen wurden durch den Flieger Aguichewski, den Chef des russischen Fliegergeschwaders, angekauft, der sich in Paris befindet. Offiziell wird in Paris ausgegeben, daß diese Flugzeuge Handelszwecken dienen sollen. Es sind meist Zwei- und Dreidecker, die zu solchen Zwecken nicht viel taugen. Die offizielle Behauptung braucht natürlich niemand zu glauben. Aber was soll diese Transaktion zu bedeuten haben? In erster Linie bedeutet sie eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland, die insoweit ihre Spitze gegen Deutschland hat, daß im Falle eines Einverständnisses Frankreich bei der Erwürgung Deutschlands nichts von Rußland zu fürchten braucht. Doch eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland, speziell der Ankauf von Kriegsbedarf, mag viel mehr bedeuten. Es dürfte einen Zweck verfolgen, zu dessen Erreichung auch Frankreichs Bündnis mit den kleinen Oststaaten letzten Endes hinauslaufen mag. Das letzte Ziel Frankreichs ist längst nicht mehr bloß die Erwerbung deutschen Landes, sondern die Erwerbung der Weltherrschaft, nach Napoleonischen Plänen. In diesem Streben, das keineswegs ein plötzlicher Einfall Poincares ist, muß aber Frankreich unbedingt mit England in Konflikt geraten. Soweit ist es erst ein Schachspiel, das sich seit Versailles am Rhein und in der Ruhr abspielt, und längst auch schon im Osten Europas. Das Bündnis der Franzosen mit der kleinen Entente ist bloß eine Phase davon. Der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei bildete eine weitere; Frankreich stand auf Seite der Türkei, England auf Seite Griechenlands. Frankreich hat bisher auf der ganzen Linie gesiegt. England ist überall im Nachteil. Die neueste Entwicklung in Griechenland mag dieselbe Bedeutung haben. Die schwache Unterstützung Englands hat den Griechen eine schwere Niederlage eingetragen, jetzt wirft sich Griechenland durch Venizelos an die Arme Frankreichs. Aber, wie schon Napoleon wußte, die Hauptmacht des englischen Weltreiches liegt in Ostindien, das ist das Herz Englands. Deshalb wird, wenn Frankreich mit England um die Weltmacht streitet, dort der Hauptkampf ausgefochten werden. Gerade jetzt bereitet sich England in Indien zu einem Kampfe gegen Afghanistan vor, Rußland aber schürt den Streit im Rücken von Afghanistan. Rußlands Absichten in dem Bestreben, die Herrschaft Englands in Indien zu brechen, sind verschieden von den Plänen Frankreichs. Aber das verschlägt den Franzosen nichts. Als Werkzeuge zur Erreichung seines Zieles sind die Russen Frankreich gut genug. Somit deutet diese kleine Nachricht von dem Ankaufe französischer Flugzeuge durch Rußland auf England in Ostindien hin. Natürlich ist diese Gefahr den Engländern längst bekannt. Die tiefgehende Feindschaft Englands gegen Frankreich, die trotz der noch nicht offiziell abgebrochenen Entente eine Tatsache ist, kommt nicht bloß von dem Vorgehen Frankreichs am Rhein und Ruhr, sondern hat weit wichtigere Ursachen.

Premier Poincare's Sitz im französischen Senate war erloschen. Die Regel in Frankreich ist, daß jedes Jahr ein Drittel aller Sitze erlöschen und für dieselben Neuwahlen stattfinden müssen. Er ist glänzend wiedergewählt worden und seine Regierung hat außerdem noch 5 bis 10 Sitze anderen Parteien abgejagt. Das ist ein schlagender Beweis, daß seine Politik, wenigstens die Außenpolitik, in Frankreich recht populär ist. Poincare ist denn auch sehr zufrieden hierüber und versprach, er werde auch in Zukunft das Vertrauen seines Volkes rechtfertigen, indem er sprach: „Gerührt durch die Kundgabe dieses Vertrauens zu dem Chef Ihrer Regierung, werden wir die Reparationen-Politik weiter verfolgen, welche Sie gebilligt haben, und werden einen friedlichen(!) Triumph und die vollständige Durchführung des Vertrages von Versailles erzielen." Das erinnert an eine Episode

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Frankreich bestätigt die Unwahrheiten von Versailles.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs und die Vereinigung der deutschen Frondienste.

Der Jahresbericht, den kürzlich der Präfekt von Nordfrankreich, Morain, über den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete veröffentlichte, verdient die höchste Beachtung weitester Kreise. Es geht daraus unzweifelhaft hervor, daß es der französischen Arbeitskraft gelungen ist, die Kriegsschäden in jenen Gebieten fast restlos auszumerzen. Lediglich der Wiederaufbau der Häuser ist noch erheblich im Rückstand. Wenn hier nur 133 Privathäuser als wiederaufgebaut verzeichnet werden, während zirka 70,000 Häuser sich im Aufbau befänden, so ist darauf hinzuweisen, daß dieser Rückstand eine Folge der Schwierigkeiten ist, die Besitzverhältnisse an den Grundstücken festzustellen. Der Bericht hebt ausdrücklich hervor, daß die Klagen der früheren Jahre, es sei unmöglich, das wirtschaftliche Leben in Nordfrankreich wieder zu erwecken, nicht mehr gelten können. Die Bevölkerung, die vor dem Kriege zwei Millionen Seelen umfaßte, ist bis auf fehlende 100,000 vollzählig wieder in dem Gebiet ansässig. Die Stacheldrähte, die schwere Verkehrshindernisse bildeten, sind seit der Ruhrbesetzung, die eine Knappheit an Eisen erzeugte, wodurch der Draht ein Wertobjekt wurde, restlos beseitigt und fanden mit 21,000 Tonnen Rohmaterial in der französischen Industrie Verwertung. Von den 115,000 Hektar Acker und Waldland liegt nur noch der Bruchteil von 100 Hektar Acker und 100 Hektar Waldboden brach. Die Landwirtschaft hat im Jahre 1923 sogar einen Ueberschuß gegenüber dem Jahre 1913 herausgewirtschaftet. Hopfen, Zuckerriben und Flachsfelder liefern vollen Ertrag. Der Viehbestand hat 85 Prozent der Vorkriegszeit wieder erreicht. Von 163 wichtigen Brücken sind 280 wieder hergestellt, an 90 schreitet die Arbeit rüstig vorwärts. Auf den Kanälen verkehren wieder die normale Anzahl an Fahrzeugen.

85 Prozent der nordfranzösischen Fabriken arbeiten wieder und man rechnet, daß im Jahre 1925 die Industrie ihre volle Stärke wieder erreicht haben wird.

Dieses Ergebnis kann, wie die „Weserzeitung" mit Recht ausführt, nebst der Anerkennung der französischen Leistungsfähigkeit nur tiefste Genugtuung bei allen denen erwecken, die mit der Verschmutzung dieser Wunde, die der Krieg geschlagen, auch eine Reinigung der Habgier sphäre erwarteten. Gerade nur dieser Reinigung willen hat das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterschaft, in vollem Bewußtsein der Niederlage, wiederholt Material und Arbeitskraft angeboten, um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete so schnell als möglich restlos durchzuführen. Wir wissen, wie die französische Politik in den Jahren nach dem Kriege dieses deutschen Angebot des Wiederaufbaues zurückgewiesen hat, wie sie immer wieder auf die Wunden der zerstörten Gebiete hingewiesen hat, um Deutschland noch weiter zu demütigen, zu schwächen und ihm die Möglichkeit der Wiederherstellung seiner eigenen wirtschaftlichen Kraft zu nehmen. Der Bericht gibt Frankreich nicht mehr das Recht, sein Kriegsgebiet zur ewigen Schaustellung der Kriegsfolgen zu machen. Wenn dies noch immer in französischen Propagandaorganen geschieht, so kann es nur eine Berechnung auf den täuschenden Eindruck sein, den die zerstörten Wohngebäude machen.

Was aber uns Deutsche und nicht nur uns, sondern jeden, dem die Freiheit der Völker am Herzen liegt, mit großter Ueberraschung erfüllen muß, ist der Absatz des Berichtes über die Wiederherstellung der Kohlengruben Frankreichs. Der Bericht hebt hervor, daß die Förderung der Gruben des Norddepartements heute nur um eine Million Tonnen hinter dem Ertrag der Vorkriegszeit von 550 Millionen Tonnen zurückbleibt.

Erinnern wir uns, daß als Entgelt für den Ausfall seiner zerstörten Gruben Frankreich den Besitz der Saargruben mitsamt allen Kohlenvorkommen im Saargebiet zugesprochen erhielt. Erinnern wir uns, — und das muß für jeden Bekenner der Menschenrechte eine Ungeheuerlichkeit bleiben — daß, um Frankreich den Besitz dieser Gruben sicher zu stellen, das Saargebiet mit seiner rein und unvermischt deutschen Bevölkerung auf 15 Jahre vom Deutschen Reich abgetrennt wurde, zwar unter den Schutz des Völkerbundes gestellt, aber, wie die Tatsachen beweisen, den Härten einer französischen Politik ausgesetzt wurde, die nicht nur trotz der Bestimmungen des Vertrages von Versailles, sondern mit ihrer Hilfe, die entgangene Annexion des Gebietes anstrebt. Kann es eine größere Ungeheuerlichkeit in dieser Zeit geben, als einen hochzivilisierten Volksteil, der sich eine hochentwickelte Industrie geschaffen hat, unter eine fremde, mit Absicht fremdgehaltene Verwaltung zu bringen? Sie in politische und moralische Unfreiheit zu versetzen, die nur in dem autokratischen System vergangener Jahrhunderte ihresgleichen findet?

Und dieser Zustand soll 15 Jahre dauern, nachdem es sich jetzt gezeigt hat, daß fünf Jahre genügten, um den materiellen Grund solcher Maßnahmen aus dem Wege zu räumen. Trotz Wiederherstellung der französischen Gruben, trotz deren vollwertiger Förderung, soll das Saargebiet beschen bleiben, soll Frankreich im Besitz der 13 Millionen Tonnen fördernden Saargruben bleiben, soll es die hochentwickelte Saarindustrie kontrollieren, die Bevölkerung in ihrer politischen und moralischen Freiheit hemmen und sie zu einem Zankapfel politischer Intrigen machen können. Trotz dieses Wegfalles jeden materiellen Grundes — ein politischer oder moralischer hat nie bestanden — soll die Bevölkerung bei Frankreich bleiben, daß sie Frankreich mit abstimmen muß über ihr Schicksal und das weiteren, daß Frankreich, falls die Abstimmung auch zugunsten Deutschlands ausfallen, doch im Besitz des Gebietes bleibt, falls Deutschland die Rückkaufsumme der Kohlengruben nicht bezahlen kann.

Der Bericht des Präfekten Morain enthüllt die ganze Unwahrhaftigkeit der französischen Politik im Saargebiet. Er beweist, wie bewußt Frankreich im Saargebiet keinen Ersatz für den Ausfall seiner Kohlenförderung sucht, sondern lediglich politische Ziele.

(St. Paul Volkszeitung.)